



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 09. Mai 2014

Inhalt

- 1. Die Lage in der Ukraine eskaliert weiter**
- 2. Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien**
- 3. Einstellungsstopp beim Bundesfreiwilligendienst verhindert**
- 4. Ende der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung**
- 5. Hilfen für Schwangere in Not**
- 6. NSA-Untersuchungsausschuss: Snowden soll als Zeuge gehört werden**



Die Lage in der Ukraine eskaliert weiter

Unser Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier versucht unter großem persönlichen Einsatz zur Deeskalation beizutragen, weil er nach den jüngsten Kämpfen mit vielen Toten einen offenen militärischen Konflikt befürchtet. Trotz Rückschlägen will er an seiner Initiative für eine zweite Ukraine-Konferenz festhalten. Während Russland jedoch eine Beteiligung der prorussischen Kräfte erwartet, kommt für die Ukraine eine Teilnahme der moskaunahen Kräfte nicht infrage.

Steinmeier verhandelt quasi rund um die Uhr, denn diese Konferenz könnte das Blutvergießen beenden und endlich den Weg zu einer Entschärfung des Konflikts bereiten. Auch Vizekanzler Sigmar Gabriel forderte Russland auf, nicht weiter die Gewalt in der Ostukraine zu schüren. Es könne nicht sein, dass jemand ungestraft ein Land ins Chaos stürzen könne, sagte Gabriel und verwies auch auf die Annexion der Krim durch Russland. Die EU müsse sich wehren.

Wir nutzen diese Woche um unter anderem mit dem Osteuropa-Experten Dr. Ewald Böhlke, Direktor des Berthold-Beitz-Zentrums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, zu beraten. Böhlke führte aus, dass die Lage extrem gefährlich sei, weil derzeit russischer Patriotismus auf ukrainischen Nationalismus pralle. Er befürchte, dass die „spontane“ Besetzung der Verwaltungsgebäude in Wirklichkeit sehr gut vorbereitet sei um die geplante freie Volksabstimmung am 25. Mai über die Einheit der Ukraine zu verhindern. Dafür wollen sie am 11. Mai ein rechtswidriges Referendum für den Anschluss an Russland durchpeitschen. Dies sei auch auf der Krim ähnlich gewesen.

Russland habe immer betont, damit nichts zu tun zu haben, um dann am Ende Medaillen an die Kämpfer auf der Krim zu verteilen. Die tausenden jungen Männer, die nun wieder "zufällig" in allen Städten die Verwaltungsgebäude stürmten, sollten Fakten schaffen.

Nach Böhlkes Auffassung sei die Militäraktion der Ukraine notwendig, um die Separatisten zu verdrängen. Wenn die ukrainische Regierung jetzt nicht agiere, fänden keine Wahlen statt und es könne keine Neuausrichtung des ukrainischen Staates geben. Europa tue sehr gut daran, die Ukraine nach besten Möglichkeiten zu stützen.

Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien

Der seit fast drei Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien hat zu einer der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart geführt. Die Vereinten Nationen rechnen mit einem Anstieg der Flüchtlinge außerhalb Syriens auf vier Millionen. Die internationale Gemeinschaft ist in der Pflicht, ihre humanitäre Hilfe weiter zu intensivieren.

Wir begrüßen daher die Erhöhung des Etats des Auswärtigen Amtes, die eine stärkere finanzielle Unterstützung von Aufnahmeprogrammen ermöglicht. Die Innenministerkonferenz hat auf Drängen der SPD die Aufnahme besonders schutzbedürftiger syrischer Flüchtlinge von 5.000 auf 10.000 erhöht. Diese Flüchtlinge finden über Bundes- und Länderaufnahmeprogramme in Deutschland Schutz. Auch wenn wir uns auf dem richtigen Weg befinden, so **wird sich die SPD weiterhin dafür einsetzen, dass mehr syrische Flüchtlinge in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union aufgenommen werden. Die SPD steht für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik.**

Einstellungsstopp beim Bundesfreiwilligendienst verhindert



In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Bundestags die Folge-Finanzierung für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) in Deutschland gesichert! So können die Freiwilligen, Bufdis genannt, auch weiterhin ihre wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft leisten.

Ulrike Gottschalck, als Haushälterin unter anderem zuständig für den Etat des BFD, wertete die Sicherung der Finanzierung auch als wichtiges Signal an die Freiwilligen, dass ihr Dienst geschätzt werde und es nicht nur um bloße Zahlen gehe. Trotz eines Mehrbedarfs von 20 Mio. Euro beim BFD konnten nach schwierigen Verhandlungen und Verschiebungen im Haushalt die Koalitionäre nun mit gemeinsamen Änderungsanträgen einen Einstellungsstopp bei den Freiwilligen im Jahr 2014 verhindern und die Finanzierungslücke schließen.

bei den Freiwilligen im Jahr 2014 verhindern und die Finanzierungslücke schließen.

Die gute Nachricht lautet, dass mit der gefundenen Lösung die Freiwilligen auch zukünftig ihre wichtige Arbeit fortsetzen können. **Ziel muss es sein, jedem, der einen Freiwilligendienst antreten will, dies auch zu ermöglichen. Großartiges Engagement, egal ob im BFD, in einem Freiwilligen Sozialen oder Ökologischen Jahr oder beim Internationalen Jungendfreiwilligendienst, verdient Förderung.**

Ende der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung

In erster Beratung wurde der von der Bundesregierung eingebrachte [Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung \(GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz – GKV-FQWG\)](#) behandelt. Mit dem Gesetz lässt die Bundesregierung den gesundheitspolitischen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag erste Taten folgen.



Gemäß Koalitionsvertrag soll die Gesundheitsversorgung in Deutschland verstärkt nach Qualitätsmaßstäben ausgerichtet werden. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Versorgungsqualität verbessert und gleichzeitig die Finanzstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine solide Grundlage gestellt werden.

Dabei wird der paritätisch finanzierte Beitragssatz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auf 14,6 Prozent festgesetzt. Die vom Einkommen unabhängigen pauschalen Zusatzbeiträge werden ebenso abgeschafft wie der bisher von den Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozent. Dies ist ein wichtiger Verhandlungserfolg für die SPD, denn dadurch kann der Beitragssatz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von bisher 8,2 % auf 7,3 % sinken.

Eventuelle Zusatzbeiträge können von den Kassen künftig nur noch abhängig vom Einkommen der Versicherten erhoben werden. Die Kopfpauschale ist damit am Ende.

Die Patientinnen und Patienten werden künftig bei der Entscheidung über Therapieform und Behandlungsort unterstützt. Ein neu eingerichtetes „Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen“ soll verständliche und verlässliche Kriterien für den Behandlungserfolg entwickeln und messen.

Eine Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuss des Bundestags unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Dr. Edgar Franke ist für die zweite Maihälfte vorgesehen. Die Reform der Kassenbeiträge soll dann bis zum Sommer 2014 im Bundestag beschlossen werden und zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Hilfen für Schwangere in Not

Am ersten Mai ist ein Gesetz in Kraft getreten, das die Hilfen für Schwangere verstärkt und Regelungen zur sogenannten vertraulichen Geburt enthält. Damit wird Frauen in Not die Möglichkeit gegeben, ihr Kind sicher und – auf Wunsch vertraulich – in einer Klinik oder bei einer Hebamme auf die Welt zu bringen. Auch während der Schwangerschaft und danach werden die Frauen von Schwangerschaftsberatungsstellen betreut und begleitet. Ziel der Regelung ist es, zu verhindern, dass verzweifelte Schwangere ihr Kind heimlich gebären oder möglicherweise sogar aussetzen oder töten.

Gemeinsames Anliegen aller Parteien ist es nun, die Neuerungen bekannt zu machen und dafür zu sorgen, dass jede werdende Mutter in unserer Gesellschaft Hilfe und Unterstützung erhält:

- **Hilfetelefon:** Das kostenlose, 24 Stunden erreichbare „Hilfetelefon – Schwangere in Not“ mit der Nummer **0800 40 40 020** ist eine erste, mehrsprachige Anlaufstelle und soll Beratung in Notsituation gewährleisten. So bauen

wir verzweifelten Schwangeren, die ihre Schwangerschaft verdrängen oder verheimlichen, eine Brücke ins bestehende Hilfesystem. Hier soll der Weg zu einer qualifizierten Beraterin in der örtlichen Schwangerschaftsberatung geebnet werden, wo die Frauen anonyme und kostenlose Beratung erhalten.

- **Online-Angebot:** In der zweiten Jahreshälfte 2014 soll auch das Angebot einer anonymen Online-Beratung stehen. Unter www.geburt-vertraulich.de können sich Schwangere bereits heute informieren.
- **Info-Kampagne:** Es gibt ausführliche Informationen durch das Familienministerium. Die neuen Materialien richten sich sowohl an Schwangere als auch an wichtige Multiplikatoren. Sämtliche Publikationen, so zum Beispiel die Broschüre „Die vertrauliche Geburt – Informationen über das Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt“ können auch postalisch bestellt werden :

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 03018 272 2721
Fax: 03018 10272 2721
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de

NSA-Untersuchungsausschuss: Snowden soll als Zeuge gehört werden

Um eine mögliche Verletzung von Bürgerrechten durch die nachrichtlichen Tätigkeiten des NSA aufzuklären, ist mit Unterstützung aller im Bundestag vertretenen Parteien der NSA-Untersuchungsausschuss eingesetzt worden. Dieser Untersuchungsausschuss wird sich vor allem auch intensiv damit beschäftigen welche Reformen nötig sind, um die Privatheit der elektronischen Kommunikation effektiver zu schützen .

In dieser Sitzungswoche verständigte sich der NSA-Untersuchungsausschuss darauf, dass Edward Snowden als Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss vernommen werden soll. Der frühere US-Geheimdienstmitarbeiter soll bis spätestens Anfang Juli zur Aussage gebeten werden. Unklar ist, in welcher Form die Aussage stattfinden soll. Eine Befragung Snowdens in Deutschland ist genauso möglich wie eine Reise des Ausschusses nach Russland zum derzeitigen Aufenthaltsorts Snowdens oder eine Befragung per Videokonferenz.

Anders als die CDU hält die SPD eine Befragung Snowdens in Deutschland nach wie vor für möglich. „Gemeinsam mit Herrn Snowden und seinem Anwalt in Deutschland muss ein Weg gefunden werden, wie und wo er dem Ausschuss für eine förmliche Vernehmung zur Verfügung stehen kann“, so Christian Flisek, der SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss. Im Ausschuss werden u.a. die Ausspähpaktiken der USA und die Rolle der deutschen Geheimdienstleistungen untersucht sowie die Datensicherheit in Deutschland auf den Prüfstand gestellt. Im Gegensatz zu dem Spektakel der Grünen, die nur auf Snowden setzen, ist uns Aufklärung wichtig. Deshalb setzen wir auch auf weitere wichtige Zeugen, wie beispielsweise die Chefs der deutschen Geheimdienste.

Unser Tipp:

- **Deutscher Engagementpreis:** Noch bis zum 01. Juli 2014 können alle Bürgerinnen und Bürger ihren Favoriten für herausragendes Engagement unter www.deutscher-engagementpreis.de vorschlagen! Der Preis ehrt freiwillig engagierte Menschen, gemeinnützige Organisationen, engagementfördernde Politik und Verwaltung sowie engagierte Unternehmen. Diesjährige Schwerpunktkategorie ist das „Miteinander der Generationen“.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia